Bocholter Volksblatt

Anholter Zeitung

Organ der Zentrumspartei

Bezugspreis: Durch die Geschäftsstelle monatl. 1 Mk., von der Post abgeholt vierteljährlich M. 3.00, durch Postboten ins Haus gebracht M. 3.42. Erscheint täglich ausschl. Sonn- und Feiertags. Geschäftsst.: Bocholt, Nordstr. 27 (Fernspr. 92). Rhede, J. G. Hams. Anholt, Wilhelm Wolsing.

Anzeigenpreis: Für Einheimische die Kleinzeile oder deren Raum 15 Pf., für Auswärtige 20 Pf. Textanzeigen kosten die Kleinzeile 70 Pf. Bei Wiederholungen entsprechender Nachlaß. Auskunft- und Angebotsgebühr 25 Pf. Bei Klage-Erhebung, Konkursen u. s. w. wird der bewilligte Nachlaß hinfällig.

Amtlicher Anzeiger der Städte Bocholt und Anholt, der Aemter Rhede, Dingden, Liedern und Werth

47. Jahrgang — Mittwoch, 4. Dezember 1918 — Nummer 210

Die Wahlordnung zur National-Versammlung am 16. Februar.

Ueber den wesentlichen Inhalt der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung erfahren wir folgendes:

Die Mitglieder der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung werden in allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt.

Jeder Wähler hat eine Stimme.

Wahlberechtigt sind alle deutschen Männer und Frauen, die am Wahltage, also am 16. Februar 1919, das 20. Lebensjahr vollendet haben.

Das Wahlrecht ist hiernach gegenüber dem Reichstagswahlrecht auf die Frauen, auf die 20- bis 25jährigen und auf die Personen des Soldatenstandes ausgedehnt worden.

Wahlausschließungsgründe sind lediglich Entmündigung und Vormundschaft, sowie Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, Konkurs und Armenunterstützung sind nicht mehr Ausschließungsgründe.

Wählbar sind alle Wahlberechtigten, die am Wahltage seit mindestens einem Jahre Deutsche sind.

Die **Wahlkreiseinteilung** beruht auf dem Grundsatz, daß durchschnittlich auf 150 000 Einwohner nach der Volkszählung vom 1. 12. 1910 ein Abgeordneter entfällt und dort, wo Landes- oder Verwaltungsbezirksgrenzen bei der Wahlkreiseinteilung berücksichtigt werden müssen, ein Ueberschuß von mindestens 75 000 Einwohnern 150 000 gleichgerechnet wird.

In Preußen bilden die kleineren Provinzen, die großen **Regierungsbezirke**, sowie **Berlin**, je einen Wahlkreis. Andere Regierungsbezirke sind zum Teil auch mit nichtpreußischen Gebieten zusammengelegt worden. Bayern zerfällt in 4, Sachsen in 3, Württemberg in 2 Wahlkreise. Baden, Hessen und Elsaß-Lothringen bilden je einen Wahlkreis. Die kleineren Bundesstaaten sind zu Wahlkreisen vereinigt worden. Bezüglich der Wählerlisten folgt das Gesetz im allgemeinen dem Reichstagswahlrecht, weil es notwendig erscheint, die Grundlagen für die Ausübung des Wahlrecht so zuverlässig wie möglich zu gestalten. Hierbei sind besondere Bestimmungen getroffen oder vorgesehen, die den gegenwärtigen Verschiebungen in der Bevölkerung Rechnung tragen und besondere Erleichterungen für die heimkehrenden Feldzugsteilnehmer schaffen sollen. An die Regelung der Verhältniswahl schließt sich die Verordnung dem Reichsgesetz vom 24. 8. 18 an, das seinerzeit von der überwältigenden Mehrheit des Reichstages angenommen worden ist. Nur mit Rücksicht auf die Größe der neuen Wahlkreise ist bestimmt worden, daß Wahlvorschläge nicht bloß von 50, sondern von mindestens 100 wahlberechtigten Personen des Wahlkreises unterzeichnet werden müssen.

Die Wahlordnung, die der Staatssekretär des Innern auf Grund einer ihm erteilten Ermächtigung erlassen hat, bringt die erforderlichen Ausführungsbestimmungen, die sich in dieser Beziehung an das geltende Reichstagswahlrecht, soweit nicht infolge der außerordentlich großen Vermehrung der Wahlberechtigten, der Einführung der Verhältniswahl und der neuen Wahlkreiseinteilung abweichende Bestimmungen getroffen werden, anschließt. Außerdem enthält die Wahlordnung zahlreiche neue Vorschriften, durch die die grundsätzliche Bestimmung über die Verhältniswahl im einzelnen ausgebaut werden.

39 bis 40 Millionen Wähler.

Amtlich wird dazu noch mitgeteilt: Das Wahlrecht ist durch die Verordnung vom 12. 11. 1918 ausgedehnt worden: a) auf die Frauen, b) auf die Zwanzig- bis Fünfundzwanzigjährigen, c) auf die Soldaten. Während bei der Reichstagswahl von 1912 14,4 Millionen wahlberechtigt waren, und von diesen sich 12,3 Millionen, gleich 85 Prozent, an der Wahl beteiligten, werden infolge der Ausdehnung des Wahlrechts bei der Wahl zur verfassungsmäßigen Nationalversammlung schätzungsweise 39 bis 40 Millionen, darunter etwa **21 Millionen Frauen** wahlberechtigt sein. Diese Summen ergeben sich auf Grund folgender Berechnung: Nach der amtlichen Statistik (Statistik des Deutschen Reiches, Band 240, 2. Seite 254) sind am 1. 1. 1911 aus dem Jahrgange 1898, der als erstes Geburtsjahr für die Wahlberechtigten in Frage kommt, und früher vorhanden gewesenen männlichen Personen 22 963 829, weiblichen Personen 23 904 261, zusammen 46 870 090. Davon sind in den Jahren 1911 bis 1918 abzusetzen die Sterbefälle. Sie betrugen etwa 600 000 jährlich und verteilen sich nahezu zu gleichen Teilen auf Männer und Frauen, zusammen etwa 4,8 Millionen. Abzusetzen sind ferner etwa 1,8 Millionen im Kriege Gefallener und Vermißter. Im ganzen sind demnach durch Tod usw. 6,6 Millionen (4,2 Mill. Männer und 2,4 Mill. Frauen) von der obigen Summe der Wahlberechtigten abzusetzen. Außerdem haben abzugehen die Ausländer mit 1¼ Millionen. Hinzu kommen dagegen die uns während des Krieges zugeströmten Auslandsdeutschen, die in Konkurs befindlichen und die Armenunterstützung beziehenden Personen. Alles in allem ergeben sich an Wahlberechtigten am 31. 12. 1918 die Summen zwischen 39 und 40 Mill. Personen. Etwa 19 Millionen Männer und 20 Millionen Frauen. Zweifelhaft erscheint es, ob unsere Kriegsgefangenen (500 000) in die Lage versetzt werden können, von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen zu können. Mit dieser Berechnung wird eine kürzlich durch die Blätter gegangene, auf irrtümliche Voraussetzung fußende Aufstellung, die nur etwa 35 Millionen Wahlberechtigte angab, widerlegt.

Scheidemann fordert die Nationalversammlung.

Berlin, 1. Dez. Im Zirkus Busch hatten sich gestern nachmittag ungefähr 4000 Unteroffiziere aus allen Teilen des Reiches versammelt. Der Volksbeauftragte Scheidemann sagte in einem Ueberblick über die politische Lage:

Die Schuld am Kriege liegt nicht bei einzelnen Personen, sondern am kapitalistischen System; daher muß man auch gegen die Münchener Enthüllungen Stellung nehmen. Um richtig urteilen zu können, müssen alle Archive in allen Ländern geöffnet werden. Die Monarchie ist für alle Zeiten erledigt; damit haben sich auch die besten des Heeres abgefunden. Feldmarschall Hindenburg, vor dem das ganze Volk nur die größte Ehrfurcht haben kann, hat erklärt, er stelle sich hinter die neue Regierung. Das einzige, was uns möglichst rasch aus dem heutigen Trümmerhaufen hinausführen kann, ist die Nationalversammlung. Wir wollen gleiche Rechte für alle.

Die Versammlung antwortete auf die Rede mit minutenlangem Beifall und stürmischen Hochrufen auf Scheidemann. — Die Scheidemannsche Sozialistische Korrespondenz hält den Termin der Wahlen für zu spät. Sie schreibt:

Bis zum 16. Februar sind noch 11 Wochen. In der Zeit kann, besonders in revolutionärer Periode, wo die Ereignisse sich überstürzen, Deutschland längst auseinandergefallen und die wirtschaftliche Unordnung, das Gegeneinanderregieren, zur katastrophalen Anarchie ausgewachsen sein. Der festgelegte Wahltermin ist viel zu spät. Wir verstehen die Gründe, aus denen die von der Sozialdemokratie benannten Volksbeauftragten sich damit einverstanden erklärt haben. Aber alle ehrlichen Anhänger der Nationalversammlung in der Arbeiterklasse und der Partei müssen mit aller Kraft darnach drängen, daß der Wahltermin in den Januar verlegt wird. Die Vollversammlung der A.- und S.-Räte ganz Deutschlands, die am 16. Dezember in Berlin stattfindet, hat die letzte Entscheidung, und dort muß alle Kraft darangesetzt werden, den früheren Wahltermin zur Geltung zu bringen.

Liebknecht gegen die Nationalversammlung. Rosa Luxemburg für eine Volkserhebung gegen die Regierung.

Berlin, 2. Dez. Der Spartakusb hatte sechs Volksversammlungen auf den gestrigen Sonntag einberufen. Die Säle waren sämtlich überfüllt, doch hatten sich überall zahlreiche Gegner eingefunden. In den Prachtsälen des Westens sprach **Karl Liebknecht.** Die wiederholten Zwischen- und Protestrufe aus der Versammlung gaben Gelegenheit zu heftigen Auseinandersetzungen. Liebknecht wandte sich gegen die Einberufung der Nationalversammlung. Bei der Ergebnislosigkeit und Schwäche der jetzigen Regierung könne es sehr wohl passieren, daß nach dem Rezept des Herrn von Oldenburg Januschau, die ganze Gesellschaft durch Militär auseinandergetrieben werde; denn auf die jetzigen Soldaten sei gar kein Verlaß. Im Westen und im Osten erheben die Generäle ihr Haupt.

Rosa Luxemburg sprach im Berliner Lehrervereinshause und stellte fest, daß die sogenannten Unabhängigen Sozialdemokraten nichts mehr mit der Spartakusgruppe gemein hätten, und forderte auf, die Waffen zu erheben gegen die jetzige Regierung Ebert-Scheidemann. Andere Redner und Rednerinnen, die sich gegen Rosa Luxemburg wandten, wurden überschrieen.

Im Zeichen des Waffenstillstandes.

Verletzung des Waffenstillstandsabkommens.

Berlin, 2. Dez. Entgegen dem Waffenstillstandsabkommen sind in Aachen von den einrückenden feindlichen Truppen Kontributionen erhoben worden; auch die Stellung von Geiseln wurde verlangt, was ebenfalls dem Abkommen über den Waffenstillstand nicht entspricht.

Von Marschall Foch ist eine Note eingetroffen, in welcher die Grenzsperre zwischen Elsaß-Lothringen und den anderen fremden Ländern mitgeteilt wird. Saarbrücken und Saarlouis sind in die elsaß-lothringische Grenze einbezogen worden. Auch dieses Verfahren steht mit den Waffenstillstandsverhandlungen in schreiendstem Widerspruch. Offenbar soll eine Annektion des Saarreviers damit vorbereitet werden.

Gegen diese Gewalt- und Willkürakte muß der schärfste Protest eingelegt werden. Diese groben Rechtsverletzungen lassen sich durch militärische Notwendigkeiten nicht begründen. Auch wirtschaftlich sind sie verhängnisvoll, weil die Kohlenausfuhr nicht nur nach Süddeutschland, sondern auch nach der Schweiz durch die Grenzsperre unterbunden wird.

Die Schwierigkeiten der Lage.

Berlin, 2. Dez. Die augenblickliche Lage zwischen uns und der Entente, insbesondere Frankreich ist **scharf zugespitzt.** Die Möglichkeit eines **Bruches** ist nicht von Hand zu weisen. Aber auch, wenn es nicht zum Bruche mit Frankreich kommt, muß unbedingt damit gerechnet werden, daß eine **Verlängerung des Waffenstillstandes nur unter neuen sehr harten Bedingungen** zu ermöglichen ist. Ob ein **Präliminarfriede** zustande kommt, ist in diesem Augenblick mehr als fraglich. Auf die verschiedensten deutschen **Anfragen** hat die Entente bisher überhaupt nicht geantwortet. Man nimmt in hiesigen Kreisen an, daß vielleicht die heute von Wilson vor seiner Europareise in Washington gehaltene Rede in dieser Frage einige Klärung bringen wird.

Kündigung des Waffenstillstandes?

München, 2. Dez. Wie die „Münchener Post" von zuverlässiger Seite erfährt, hat die Entente in Paris beschlossen, den Waffenstillstand mit Deutschland, wenn die politische Lage in Deutschland sich bis zu dessen Verfalltermin nicht vollständig geklärt und organisch befestigt hat, nicht zu verlängern, sondern ohne weiteres die Okkupation vorzunehmen.

Die Heldenschar Lettow-Vorbecks.

Amsterdam, 2. Dez. Reuter meldet amtlich aus London: Der General Lettow-Vorbeck hat sich ergeben mit 30 Offizieren, 125 anderen Europäern, 1165 Askaris, 1516 Lastträgern, 18 Häuptlingen der Eingeborenen, 283 männlichen und 819 weiblichen Eingeborenen. Die Askaris werden nach Tabora und die Deutschen bis zur Ueberführung nach Europa nach Dar-es-Salam gebracht.

(Und dieses kleine Häuflein — der ursprüngliche Bestand der Schutztruppe belief sich auf etwa 4500 Askaris, 300 weiße Offiziere und Unteroffiziere und ungefähr 2000 waffenfähige Weiße aus Ansiedlern und Beamten — hat sich in einem 51monatigen Heldenkampf gegen eine Uebermachtvon 80 000 Feinden siegreich behauptet. Die ganze Weltgeschichte kennt keine ähnliche Ruhmestat.)

Die Neuordnung im Reich.

Der Reichsausschuß.

WTB. Berlin, 2. Dez. Amtlich. Der kürzlich gewählte **Reichsausschuß** besteht laut Beschluß des Vollzugsrats vom 29. November 1918 aus acht Groß-Berliner (preußischen) Mitgliedern und aus acht Vertretern der außerpreußischen Bundesstaaten, ferner aus drei Mitgliedern der Ost- und Westfront und der Marine, zusammen 19 Mitgliedern. In der Sitzung des Vollzugsrats vom 30. November sind nur die preußischen Mitglieder gewählt worden. Erschienen sind ferner als Vertreter Bayerns Häderich und Elsaß-Lothringens Lemke. Die übrigen Vertreter müssen erst von den Bundesstaaten delegiert werden und sind hieran telegraphisch erinnert worden.

Aufhebung aller Ausnahmegesetze gegen die Polen.

WTB. Berlin, 2. Dez. Wie von zuständiger Seite gemeldet wird, steht die Aufhebung aller Ausnahmegesetze gegen die Polen unmittelbar bevor.

Dieser Beschluß ist nur noch eine Selbstverständlichkeit. Ebenso selbstverständlich sollte aber eine entschlossene Abwehr aller Uebergriffe von polnischer Seite sein, die schon jetzt durch Bestrebungen auf Losreißung und Vergewaltigung der Ostmarkdeutschen die Friedenskonferenz vor fertige Tatsachen stellen wollen.

Eine Warnung für Deutschland.

Berlin, 30. Nov. Das Kijewer Blatt „Nasch Put" (Unser Weg) meldet, wie wir dem „Vorwärts" entnehmen, daß die Verhandlungen der Verbandsmächte mit den Vertretern Rußlands in Jassy zu voller Einigkeit geführt hätten. Die Verbandsmächte wollten an die Spitze Rußlands eine Regierung stellen, deren Zusammensetzung zwischen ihnen und den russischen Parteien vereinbart werden solle. Dieser allrussischen Regierung sollten die Regierungen der Einzelstaaten untergeordnet werden. Alle Truppen in Rußland sollten unter einem russischen Oberbefehlshaber stehen, der durch die neue russische Regierung und die Verbandsmächte ernannt wurde.

Der „Vorwärts" bemerkt dazu:

So weit hat es der Bolschewismus glücklich gebracht. Statt dem russischen Volke eine glückliche Zukunft und selbständige Entwicklung zu sichern, statt alle Kräfte des Landes für den Wiederaufbau eines neuen russischen Staates zusammenzufassen, hat es Zustände geschafft, die ihm von auswärts ein neues Militärregiment, eine neue Ordnung und eine neue Regierung aufzwingen. Daran können die Bolschewiken Deutschlands das Unglück erkennen, das sie mit ihrer Wühlerei für das deutsche Volk vorzubereiten suchen. In spätestens 14 Tagen würde es möglich sein, französische und englische Truppen bis nach Berlin zu werfen und eine Regierung zu schaffen, die wohl den Interessen unserer bisherigen Gegner im Kriege entspräche, auf die aber dem Volke keinerlei Einfluß möglich wäre.

Kräftige Sprache des „Vorwärts".

WTB. Berlin, 1. Dez. Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt unter der Ueberschrift: Sowjetvertreter zum 16. Dezember? In der vorgestrigen Sitzung des Vollzugsrats wurde ein Telegramm Tschitscherins verlesen, das die Ankunft von drei Abgesandten und fünf Hilfskräften als Vertretung der russischen Sowjets zur Tagung der deutchen Arbeiter- und Soldatenräte am 16. Dezember ankündigt. Das offenbare Bestreben der russischen Regierung geht darauf aus, Deutschland zu einer Solidaritätserklärung mit der russischen Räteregierung zu drängen. Man möchte die deutsche Regierung in einen Gegensatz

zum Verbande bringen, der erklärt hat, daß er nicht gleichzeitig die Bolschewisten bekämpfen und mit Freunden der Bolschewisten über einen Frieden verhandeln könne. Es ist nötig, daß sich das deutsche Volk der oben angewendeten Gefahr genau bewußt wird. Um zu schleunigen Friedensverhandlungen mit dem Verbande zu kommen, muß in jeder Beziehung eine Abkehr von dem Bolschewismus draußen wie drinnen erfolgen.

Der Vorwärts schreibt zu der gleichen Meldung: Drei Delegierte und fünf Hilfskräfte! Das ist ein kräftiger Propagandaapparat. Wenn die Herren glauben, mit ihrer Arroganz Eindruck bei uns zu machen, sind sie auf dem Holzwege. Wenn sie überhaupt bis Berlin kommen, werden ihnen die deutschen Arbeiter- und Soldatenräte nicht erst sagen, daß sie sich jede Einmischung in deutsche Angelegenheiten verbitten, sondern sie werden die anmaßende Gesellschaft wortlos hinauswerfen. Das ist der einzig mögliche Empfang.

Die Familienunterstützungen.

WTB. **Berlin**, 29. Nov. Wie wir erfahren, sollen die Familienunterstützungen für Kriegsteilnehmer ganz allgemein bis zum 31. Dezember 1918 weitergewährt werden. Darüber hinaus sollen den nach dem 30. November 1918 zur Entlassung kommenden Mannschaften noch zwei Halbmonatsraten Familienunterstützungen ohne Prüfung der Bedürftigkeit ausgezahlt werden. Der betreffende Entwurf dürfte schon in den nächsten Tagen fertiggestellt werden.

Volksabstimmung für Elsaß-Lothringen?

Die Selbstverständlichkeit, mit der Frankreich Elsaß-Lothringen als seinen Besitz behandelt, findet in England durchaus nicht überall Billigung. Die auf dem Boden des Wilsonschen Völkerbundes und für einen Frieden der Verständigung eintretende „Nation" macht in der elsaß-lothringischen Frage in diesem Sinne einen bemerkenswerten Vorschlag. Das Blatt schreibt: Das Programm Wilsons ist bisher nur von Amerika und Deutschland angenommen worden. Wilson forderte Gutmachung des Unrechts von 1871, aber auch Lloyd George spricht nur von einer Wiedererwägung des Anschlusses an Frankreich. Es ist eine dringende Notwendigkeit, erst die **Bevölkerung nach ihrer Meinung zu befragen.** Vielleicht wäre dies eine vernünftige Lösung, die Schweiz, **Elsaß-Lothringen, Luxemburg und Holland** zu einem **Bundesstaat** zu vereinigen, da Elsaß-Lothringen zu klein für ein selbständiges staatliches Dasein ist.

Deutschland bankerott.

Dresden, 30. Nov. Der Arbeitsminister Schwarz erklärte in einer Volksversammlung in Meißen, daß unsere Lebensmittelvorräte nur bis in den Februar hinein langen. Mit dem Verlust der gesamten Eisenerzeugnisse in Elsaß-Lothringen müsse eine große Arbeitslosigkeit entstehen, da nur 25 Prozent unserer Arbeitskräfte beschäftigt werden könnten. Besonders fühlbar mache sich in Sachsen der Kohlenmangel, weil die Einfuhr aus Böhmen fortgefallen sei, ferner aber auch, weil Sachsen große Mengen Kohlen an Bayern abgeben müsse, um dafür Lebensmittel zu erhalten. Unsere Schulden betrügen 200 Milliarden Mark bei einem Volksvermögen von 300 Milliarden Mark. Wir seien bankerott, unser Geld habe für das Ausland nur Makulaturwert. Es sei nur dann möglich, in Deutschland reine Finanzwirtschaft zu machen, wenn die Vermögen der Kapitalisten in vollstem Umfange erfaßt und dem Volke dienstbar gemacht werden.

Eine französische Antwort auf einen deutschen Vorschlag.

WTB. **Paris**, 2. Dez. Zu dem Vorschlag der deutschen Regierung, die Verantwortlichkeit für den Krieg durch einen Ausschuß der Neutralen feststellen zu lassen, bemerkt der „Temps": Die Verbandsregierungen hätten die volle Aufklärung nicht zu fürchten; seien ja doch schon ihre Veröffentlichungen von 1914 viel vollständiger gewesen als das deutsche Weißbuch. Unerträglich aber sei es, daß die jetzige deutsche Regierung, deren Mitglieder durch Handlungen oder Abstimmungen an der Verantwortung für den Ausbruch des Krieges mittrügen und sie seit 1914 durch Schweigen oder Lügen hätten decken helfen, sich jetzt an den Verband wende, gleich als ob dieser ebenso wie Deutschland Rechenschaft zu geben hätte. Nur auf Grund unglaublicher Ahnungslosigkeit oder bösen Willens könne man vom Verband Gerechtigkeit fordern und dabei das Zeugnis der Opfer mit den Entschuldigungen der Angeklagten auf eine Stufe stellen.

München, 2. Dez. Gestern kam es an verschiedenen Stellen zu **Kundgebungen gegen Kurt Eisner**, in deren Verlauf aus Maschinengewehren Schreckschüsse abgegeben wurden. Vielfach wird die Ansicht laut, der Sturz Eisners sei namentlich um dessentwillen erwünscht, weil von dem mutmaßlichen Nachfolger Auer ehrlichere Wahlen zu erwarten wären. Eisner wollte in seiner letzten Münchner Rede die Erschütterung seiner Stellung als das Geistesprodukt irgend einer Redaktion hinstellen. Trotzdem er nach eigenem Geständnis seit drei Wochen keine Zeitung mehr gelesen hat, dürften ihn die letzten Kundgebungen über die wahre Stimmung etwas überraschend deutlich aufgeklärt haben.

Aufruf an alle Frauen und Jungfrauen in Bocholt.

Das alte Reich ist zerfallen. **Ein neues Deutschland muß aufgebaut werden.**

Das ist nicht das Werk einer im Augenblick höchster Gefahr zur Macht gelangten Minderheit, einer einzelnen Klasse. **Wille und Kraft des ganzen Volkes müssen es schaffen.**

Darum rufen tausend Stimmen nach der **Nationalversammlung.** Sie soll das deutsche Staatsleben zunächst wieder auf eine feste Grundlage stellen und eine **ständige Volksvertretung** schaffen, von der die weiteren Aufgaben zum Wiederaufbau unseres Volkstums zu lösen sind. Beide müssen, wenn sie das Vertrauen aller Volksgenossen besitzen sollen, auch vom **ganzen Volk** berufen werden.

Deutsche Frau, auch du sollst Hand ans Werk legen! Bisher hast du nur still der Männer Raten und Taten zugeschaut, hast sie für dich und über dich entscheiden lassen.

Nun sollst du mit all deinen Volksschwestern vom 20. Lebensjahre an teilnehmen an der Wahlarbeit und in den Vertretern, die ihr zusammen mit den Männern beruft, auch an der Regierungsgewalt.

Zu Rat und Tat ruft dich dein Volk, weil es dich braucht.

Denn viele der Fragen, die der Lösung harren, sind für Frauenleben und Frauenschaffen von größter Bedeutung:

Da sind Fragen, die eng verknüpft sind mit dem **Arbeitsleben** der berufstätigen Frau und den wirtschaftlichen Aufgaben der Hausfrau.

Da sind Fragen, die tief eingreifen in das ureigne Reich der Frau, in **Familienleben** und **Erziehung der Kinder.**

Da sind Fragen der **Pflege** und **Fürsorge**, bei denen Frauen als Hilfesuchende und Hilfebringende eine gleich große Rolle spielen.

Da sind Fragen **religiöser** Art, die Frauenherzen tief bewegen, Fragen, wie Freiheit der Kirche, religiöse Erziehung der Kinder, Schutz des Kircheneigentums, Erhaltung der Klöster.

Ein **bedeutungsvolles Recht** soll dir werden. Eine große, **verantwortungsvolle Pflicht** wird damit auf deine Schultern gelegt.

Mitwählen heißt mitverantwortlich sein für deines Volkes Schicksal.

Damit du aber weißt, wie du wählen sollst zum Heile für **Vaterland** und **Kirche**, für **Ordnung** und **gute Sitte**, für **Wahrheit, Freiheit, Recht**, so laß dich aufklären, laß dich belehren, laß dich **politisch schulen.**

Besuche darum eifrig die Versammlungen, die von der **Zentrumspartei** und den **katholischen Frauen-Vereinen** einberufen werden.

Für **Bocholt** ist die erste

allgemeine Frauen-Versammlung

am **Sonntag, dem 8. Dezember, nachm. 5 Uhr** im großen Saale des **Schützenhauses.**

Jede Frau und **jede Jungfrau**, die am Wahltage, d. h. am 16. Februar 1919 das **20. Lebensjahr** vollendet hat, ist zu dieser Versammlung eingeladen.

Die Bocholter Zentrumspartei.

Das Schicksal Wilhelm II.

Die Auffassung der holländischen Regierung.

Das „Echo de Paris" meldet aus London: In Beantwortung von Aeußerungen der Entente, welche die Internierung des Kaisers in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der deutschen Armee fordern, hält die holländische Regierung ihre Auffassung aufrecht, nach welcher der Kaiser — nachdem er abgedankt habe — **nicht mehr als Glied der Armee angesehen, demgemäß auch nicht interniert werden könne.** Sie versichert, vom Staatssekretär Dr. Solf eine Note erhalten zu haben, welche die Abdankung mitteilt. Die holländische Regierung fügt hinzu, sie überwache den Kaiser streng, der das holländische Gebiet nicht verlassen könne.

„Matin" meint, man hoffe, daß Holland seine Auffassung ändern werde, denn, wenn die deutsche Regierung sich weigerte, in die Auslieferung des Kaisers zu willigen, so könne man nicht sagen, was für eine Wendung die Dinge nehmen würden. (WTB.)

Ein Rechtsgutachten über die Auslieferung des Exkaisers.

Professor Berthelem veröffentlicht im „Matin" ein Rechtsgutachten über die Auslieferung des ehemaligen deutschen Kaisers. Der Gelehrte ist natürlich (!) der Ansicht, daß der Kaiser von der holländischen Regierung ausgeliefert werden müsse wegen seiner Vergehen gegen das Völkerrecht. Die Verbrechen, die er seinen Truppen anbefohlen habe, die ihn zum Urheber der Kriegsgreuel gemacht hätten, tragen keinen politischen Charakter. Der ehemalige deutsche Kaiser sei als gemeiner Verbrecher zu behandeln.

Augusta Viktoria geht nach Holland.

Die Frage des weiteren Aufenthaltes der Kaiserin ist nunmehr endgültig entschieden worden. Die Kaiserin wird am Donnerstag in Zevenaar auf holländischem Boden eintreffen.

Eine englische Drohung an Holland.

Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Amsterdam: Das „Daily Chronicle" enthält wegen des Durchmarsches entwaffneter deutscher Truppen durch niederländisch Limburg eine Drohung mit **der Wegnahme dieses Gebietes.** In der niederländischen Presse kommt die Besorgnis wegen der an den Haaren herbeigezogenen Angriffe französischer und englischer Blätter lebhaft zum Ausdruck.

Ausland.

Vor den Wahlen in England und Irland.

Nach Meldungen aus London wächst das Interesse für die Wahlkampagne in England dauernd. Die Anzahl der Kandidaten in einigen Wahlkreisen macht die Situation verwickelt und der Einfluß der Frauen, sowie die Beteiligung der noch abwesenden Matrosen und Soldaten macht das Resultat unsicherer denn je. Asquith hat als Gegenkandidatin in Eastfise die Witwe des im Jahr 1917 gefallenen Oberst Hope aufgestellt. Eine ihrer Forderungen ist die Hinrichtung des deutschen Kaisers. Die Wahlen in Irland werden gleichfalls sehr aufregend sein. — Das neu zu wählende englische Parlament wird am 21. Dezember zusammentreten.

Einberufung der Internationale?

Das permanente Komitee der französischen Sozialistenpartei hat beschlossen, den Sekretär des Internationalen Sozialistischen Bureaus Huysmans zu bitten, die **Internationale einzuberufen.** Darauf ist in Paris von Huysmans ein Telegramm eingetroffen, worin er dem Sekretär mitteilt, daß die **Einberufungen sofort abgehen** werden.

Demonstrationen französischer Gewerkschaftler.

10 000 französische Gewerkschaftler hielten in Paris eine Versammlung ab, auf der die russische und die deutsche Republik lebhaft begrüßt wurden. Nach der Versammlung wurde auf der Straße die **Internationale** gesungen und **Schmähruf auf Clemenceau** ausgestoßen.

Die Entente will Deutschland kaufen.

Die „Morning Post" meldet, daß zwischen englischen und amerikanischen Banken Verhandlungen schweben, um gegebenenfalls deutsche Unternehmungen zu erwerben, wenn der Bolschewismus in Deutschland die Alliierten zum Einmarsch zwinge.

Das amerikanische Kriegshandelsamt hat die Ausfuhrbeschränkungen für mehrere hundert Artikel aufgehoben, darunter Maschinen, Lokomotiven, Chemikalien, Eisenbahn- und Baumaterial.

Erst Ordnung in Rußland — dann Friede?

Von gut unterrichteter amerikanischer Seite wird mitgeteilt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten entschlossen ist, **nicht eher in Friedensverhandlungen einzutreten, bis Rußland** durch eine zentrale bürgerliche Regierung an den Verhandlungen teilzunehmen in der Lage ist. Die endgültigen Friedensverhandlungen würden demnach solange hinausgeschoben werden, bis der Verband dauernde Ordnung in Rußland geschaffen habe.

Kirchliches.

Protest des preußischen Episkopates gegen die Aufhebung der geistlichen Ortsschulinspektion.

Der Herr Erzbischof von Köln, Kardinal von Hartmann hat an die preußische Regierung in Berlin folgendes Schreiben gerichtet:

Köln, 2. Dezember 1918.

Die Verfügung des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 27. v. Mts., wodurch die geistliche Ortsschulinspektion in Preußen aufgehoben ist, nötigt die Bischöfe Preußens, aufs neue Verwahrung einzulegen.

Als das Schulaufsichtsgesetz vom [illegible]rz 1872 Gesetzeskraft erlangt hatte, erl[illegible] die preußischen Bischöfe dem Staatsministerium unter dem 11. April desselben Jahres: „Der organische Zusammenhang, welcher zwischen Volksschule und Kirche mehr denn ein Jahrtausend bestand und welcher durch dieses Gesetz im Prinzip verletzt wird, stützt sich nicht allein auf ein geschichtlich überliefertes Herkommen, welches auch durch Gesetze und Verordnungen des Staates vielfach anerkannt und verbürgt war, sondern auch auf ein der Kirche **eingeborenes** göttliches Recht, dessen sie sich, selbst wenn sie wollte, nicht entäußern könnte, da es ihr zur Erfüllung der unerläßlichen Pflicht des christlichen Unterrichts und der Erziehung der Jugend von ihrem göttlichen Stifter übertragen wurde."

Gleichwohl trug die frühere Regierung trotz des stets erneuten Einspruches der Bischöfe kein Bedenken, auf Grund des gedachten Gesetzes den Einfluß der katholischen Kirche auf die Volksschule immer mehr zu unterbinden, indem sie in steigendem Umfang den Geistlichen die Ortsschulinspektion entzog und nur noch [illegible]en Geistliche als Kreisschulinspektoren anstellte.

Wenn jetzt kurzerhand der letzte Rest der geistlichen Ortsschulinspektion von der Regierung beseitigt werden soll, so können die preußischen Bischöfe nicht umhin, gegen diese neue Beeinträchtigung des unveräußerlichen Rechtes der Kirche auf die Volksschule feierlich zu protestieren, zumal diese Maßnahme getroffen wird von einer nur vorläufigen Regierung.

Wir katholischen Bischöfe können unser Handeln nicht abhängig machen von den wandelbaren Meinungen der Menschen, sondern müssen uns leiten lassen von den unwandelbaren Prinzipen der ewigen Wahrheit. Wir werden darum auch stets bemüht bleiben, so viel an uns liegt, den Frieden zwischen Kirche und Staat aufrecht zu erhalten, anderseits aber auch unsere Pflicht tun gegen die unserer Hirtensorge anvertrauten Gläubigen, insbesondere gegen die Kinder, welche Gott zu christlichem Unterricht und zu christlicher Erziehung in Haus und Schule der Kirche überwiesen hat.

Namens der Bischöfe Preußens:
gez. **Felix Kard. von Hartmann**
Erzbischof von Köln.

Geistlichkeit und Revolution.

München, 28. Nov. In einem Schreiben an die Geistlichkeit der Erzdiözese gibt der Erzbischof Dr. von Faulhaber Richtlinien für das Verhalten der Geistlichkeit in dieser Zeit. Ohne den plötzlichen Gesinnungswechsel anderer mitzumachen, soll die Geistlichkeit Erörterungen und Wendungen, die aufreizend wirken können, vermeiden. Nicht Wahlreden sollten die Predigten der nächsten Zeit werden, wohl aber gründlich und würdig die durch die politische Entwicklung bedrohten Ideale, wie Gottesglaube, religiöse Erziehung und Freiheit der Kirche behandeln. Weiter stellt der Erzbischof es den Geistlichen frei, nach Art anderer Stände sich eine Standesorganisation zu schaffen zur Verteidigung der eignen Standesrechte und der Rechte der Kirche und der höchsten Interessen des Volkslebens, unter Beobachtung natürlich des kirchenrechtlichen Standpunktes. Am besten könne das durch Anlehnung an bestehende Verbände und deren Ausbau, vor allem der Priesterkongregationen geschehen. Die Mitarbeit der Geistlichkeit an der politischen Neugestaltung sei nicht bloß ein staatsbürgerl. Recht, sondern unter den jetzigen Verhältnissen auch heilige Pflicht, weil es gelte, das Recht der Religion, der Freiheit der Kirche und überhaupt der idealen Werte, auch im Wirtschaftsleben, zur Geltung zu bringen.

Westfalen und Rheinland.

* **Ahlen.** Nachdem am Mittwoch die Früh- und Mittagschicht der Zeche „Westfalen" nicht eingefahren war, ist eine Einigung zustande gekommen, in der Weise, daß die Verwaltung der 7½ stündigen Schicht einschließlich Ein- und Ausfahrt zugestimmt hat.

* **Herne.** Die **unhöfliche Behandlung der Käufer** in manchen großen Geschäften gibt dem A.- und S.-Rat Herne Veranlassung, fo[illegible]e Bekanntmachung zu erlassen: Mehrere Beschwerden veranlassen uns, die Kaufleute dring[illegible]u ersuchen, ihrem Personal Anweisung zu geben, die Kundschaft in geziemender Weise zu behandeln. Im Gegenfalle sehen wir uns zu anderen Maßnahmen gezwungen. Dasselbe wird aber auch von den Käufern gegenüber den Verkäufern erwartet.

* **Bochum.** Eine vom Arbeiter- und Soldatenrat einberufene, von über tausend Soldaten besuchte Versammlung sprach sich nach einem Vortrage des Redakteurs Steinkamp mit allen gegen 10 Stimmen für die schleunige Wahl der Nationalversammlung aus.

* **Dortmund.** Bei der Begleichung ihrer Rechnung in einem Schuhladen legte die Christine Ruhmanowski einen Fünfzigmarkschein auf den Ladentisch und ließ, als die Ladeninhaberin wegging, um ihn zu wechseln, ein paar Herrenstiefel, die auf dem Tisch standen, verschwinden. Das Fehlen der Stiefel wurde erst nach dem Weggang der Diebin bemerkt. Die Händlerin schrieb ihr einen Brief mit der Aufforderung, die Stiefel unverzüglich zurückzubringen. Die Ruhmanowski leugnete, im Besitz der Stiefel zu sein. Tags darauf fanden sie sich aber mit einem Zettel, auf dem sie geschrieben hatte: „Die Stiefel sind mir viel zu klein und bringe ich sie [illegible]rück vor der Ladentür wieder. Die Strafkammer verurteilte die Ruhmanowski wegen Diebstahls im Rückfall zu fünf Monaten Gefängnis. Ihre Revision wurde vom Reichsgericht verworfen.

* **Viersen.** Hier geht es zurzeit bunt zu. Gestern Morgen versuchten mehrere hundert Mann das Rathaus zu stürmen, wo sie Zivilanzüge vermuteten. Als sie sich überzeugt hatten, daß nichts da war, zogen sie zur „Erholung". Nachmittags fand eine Versammlung der Soldaten statt, wo ein neuer Soldatenrat gewählt und der alte abgesetzt wurde. Der alte Soldatenrat hatte seinerzeit auf der Bahn 5 Wagen Lebensmittel beschlagnahmt, zur Festhalle gebracht und dort verkaufen lassen. Gestern kam es beim Verkauf zu Unruhen, so daß der Verkauf eingestellt wurde. Heute morgen hatte man noch eine Anzahl Anzüge zur Festhalle gebracht. Bis 9 Uhr erfolgte die Abgabe in Ordnung. Dann wurde die Festhalle ge-

stürmt und ausgeplündert. Die treibenden Kräfte sind die jüngeren Elemente, während die älteren sich zurückhalten.

* **Koblenz.** Am Rhein machte man folgende interessante Feststellung. Heute vor 36 Jahren am 28. November 1882, erreichte der Rhein am Koblenzer Pegel mit 9,20 Metern seinen höchsten Stand des letzten Jahrhunderts. Heute dagegen zeigt die hiesige Pegeluhr den außergewöhnlich niedrigen Stand von 1,15 Metern an. Dies ist also ein Unterschied von 8,05 Metern. Man muß diese Höhe einmal genau messen, um sich einen richtigen Begriff von einem solchen Unterschied zu machen. Der gegenwärtig sehr niedrige Wasserstand ist übrigens auch eine große Seltenheit. So klein wie diesmal ist er zuletzt in dem heißen und dürren Sommer 1911 gewesen. Jetzt ragen die sogenannten „Hungersteine" von dem Wasser heraus. Da bekanntlich bei grundklarem Wasser die Durchsichtigkeit des Wassers bedeutend ist, so kann man selbst da, wo immerhin noch 2,50 bis 3 Meter Waterliegen, den Grund des Flusses erkennen, wie dies beispielweise an der alten Moselbrücke der Fall ist. Ueberhaupt bietet sich dort gegenwärtig ein interessantes Bild, da die Fundamente trocken liegen und man oberhalb der Brücke genau die Tiefverhältnisse verfolgen kann.

* **Koblenz.** Die Heimkehr der Russen. Viele unserer ehemaligen östlichen Feinde benutzen den Rückmarsch unserer Truppen, um gemeinsam mit diesen ihrer fernen Heimat näherzukommen. So kann man dann ein gar seltsames Bild sehen, wie man es sich kaum träumen ließ: Russische Soldaten, entweder mit ihren charakteristischen großen Mützen oder hohen Pelzmützen marschieren friedlich neben den deutschen Kriegern des Weges daher, oder sie reiten oder führen die Fahrzeuge. Sie machen sich also gleichzeitig verdient und sind mit ihrem Schicksal recht zufrieden. Viele Russen haben in Deutschland ihre zweite Heimat gefunden. Sie haben sich so gut hier eingelebt, daß sie überhaupt nicht mehr fortgehen; es sind genug Fälle bekannt, daß sie sogar ihre Familie herkommen lassen.

* **Trier.** Eine Delegation der amerikanischen Truppen stellte sich bei dem Arbeiter- und Soldatenrat vor. Unter Führung eines Vorstandsmitgliedes des Arbeiter- und Soldatenrates fand eine Besichtigung der Räumlichkeiten der Stadt Trier statt, die für eine Aufnahme des amerikanischen Hauptquartiers in Frage kommen könnten.

Aus aller Welt

Berlin, 28. Nov. Wie eine hiesige Korrespondenz mitteilt, ist die **gesamte Wäsche des Kaisers und der Kaiserin** mit der Garderobe aus dem Schloß **verschwunden.** Die Spitzbuben haben nur die Staatsgarderoben der Kaiserin in zerrissenen Zustand zurückgelassen. Auch Kostbarkeiten und historische Gegenstände sind nicht aufzufinden. Sie sollen ebenfalls gestohlen sein. Das Silberzeug und die Weinvorräte konnten in Sicherheit gebracht werden.

Berlin, 29. Nov. In der nächsten Zeit dürften sich die Klagen mehren, daß Feldpostsendungen im Osten wie an der Westfront verloren gegangen sind. Es wäre verkehrt, diese Verluste der Postverwaltung zur Last zu legen. Sie sind vielmehr die bedauerlichen Folgen von skandalösen Beraubungen mancher Feldpostwagen durch zuchtlose Soldaten in Belgien.

Auf dem Lande gibt es lohnende Beschäftigung.

WTB. **Berlin,** 1. Dez. Ein Aufruf des Staatssekretärs Bauer fordert die aus dem Kriege heimgekehrten Landarbeiter und alle, die auf dem Lande vor dem Kriege tätig waren, auf, nicht in die Städte und Industriebezirke, sondern auf das Land zu gehen, wo mehrere Millionen Hektar Raum zur Besiedelung bereitgestellt werden. Auf dem Lande gebe es jetzt Unterkunft und lohnende Beschäftigung, weil mehr als eine Millionen Kriegsgefangene und Handarbeiter ihre Arbeitsplätze verlassen. Die alten Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter und die Gesindeordnung sind außer Kraft gesetzt, die Arbeits- und Lohnverhältnisse werden durch Tarifverträge zwischen den Organisationen der Landarbeiter und der Gutsbesitzer geregelt. Zur Herstellung der nötigen Wohnungen und zur Bereitstellung von Pachtland für den Haushaltsbedarf sollen die Gemeinden verpflichtet werden.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 4. Dezember.

Das Mittelstandsamt
Bocholt hat Fernsprech-Anschluß Nr. 306.

Mitteilungen der Handelskammer Wesel.

Bezüglich der **Aufhebung sämtlicher Beschlagnahmen im besetzten und neutralen Gebiet der Rheinprovinz** teilt die Handelskammer zu Wesel mit, daß der Bezirk Bocholt nicht betroffen wird. — Ueber die **Abnahme von Heeresaufträgen** erteilt die Handelskammer zu Wesel auf Wunsch Auskunft. — Bezüglich der **Beschlagnahmungen im besetzten und neutralen Gebiet der Rheinprovinz** hat die Kriegsamtsstelle Düsseldorf ihre erste telegraphische Mitteilung an die Handelskammer zu Wesel durch **Telegramm vom 1.** Dezember für ungültig erklärt. **Lediglich Metalle, Chemikalien, Leder, Elektromotoren und Werkzeugmaschinen** seien im besetzten Gebiet und der neutralen Zone der Rheinprovinz **freigegeben.** Bei Metallen sind möglichst die bekannten Preise zu erreichen. Der Gegenwert für die der Kriegsmetall-Aktiengesellschaft gehörenden Metalle, die von Kommunalverbänden für Rechnung des Fiskus gesammelt sind, muß sichergestellt und an Berliner Handelsgesellschaft in Berlin für Rechnung der Kriegs-Metall-Aktiengesellschaft überwiesen werden.

Auf Anfrage erhielt die Handelskammer zu Wesel von der Kriegsamtstelle Düsseldorf die telegraphische Nachricht, daß für die Bocholter Textilindustrie Herr Hauptmann Buschmann beim Bekleidungsamt zu Bielefeld der zuständige **Delegierte des Demobilmachungskommissars für Textilindustrie** sei.

Petroleum

wird auf Marke Nr. 3 verabfolgt in den Verkaufsgeschäften: Geschw. Knuf-Nordstr., Reidick-Nordstraße, Jos. Weißing-Kobelstraße, Franz Oehmen-Werth.-Ch., Heinr. Backmann-Dinxp. Ch., und Bernh. Alzhoff-Münsterstraße. (Siehe Bekanntmachung vom heutigen Tage.)

Vandalismus.

Von heimkehrenden Kriegern wurden u. a. auch das Fabrikgebäude der A.-G. „Rote Erde", hier, Werther Chaussee, als Quatier benutzt. Nach deren Abzug stellte der Direktor fest, daß ein sehr wertvoller Treibriemen von ca. 10 Meter Länge sowie eine Menge Werkzeuge entwendet worden waren. Mehrere Schränke waren aufgebrochen und deren Inhalt durchwühlt, ebenso waren Türen zu verschiedenen Räumen gewaltsam aufgebrochen. Wertvolle Papierhülsen, die zum Umwickeln von Garnen dienen, hatte man in rücksichtsloser Weise als Streu für die Pferde benutzt, obgleich Stroh genug vorhanden war. In gleicher Weise wurden Maschinenteile beschädigt oder fortgenommen bezw. aus den elektrischen Anlagen die Sicherungen herausgerissen und auf den Boden geworfen. Das Ganze machte den Eindruck wüster Zerstörungen.

Stubenbrand.

Zu dem bereits gestern gemeldeten Brande ist noch nachzutragen, daß das Feuer nicht durch Umwerfen einer Petroleumlampe, sondern durch einen anscheinend schadhaften Kamin entstanden ist. Es verbrannte zum Teil ein Schrank sowie verschiedene Arbeitskleider, 1 Paar Schuhe und andere Sachen. Der Schaden beträgt mehrere hundert Mark. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Die Feuerwehr brauchte nicht in Tätigkeit zu treten.

Diebstahl.

Als gestern vormittag eine Frau auf dem Postamte eine Bestellung aufzugeben hatte und für einige Augenblicke das Schreibpult verließ, um einen Federhalter zu suchen, beging sie die Unvorsichtigkeit, außer ihren Briefen ihr Portemonnaie liegen zu lassen. Als sie an das Pult zurückkehrte, vermißte sie zu ihrem Schrecken das Portemonnaie, in dem sich etwa 20 ℳ in Papiergeld befanden. Der Verlust ist umso bedauerlicher, als die Bestohlene eine arme Frau ist. Indessen kann nicht genug zur Vorsicht ermahnt werden.

Diebstahl.

Gestern vormittag wurde ein für kurze Zeit in dem Hofe einer Wirtschaft in der Nordstraße untergestelltes Fahrrad „Marke Panzer", Wert ca. 250 Mark, an hellem Tage von einem Spitzbuben in Soldatenuniform gestohlen. Der Dieb besaß noch die Unverfrorenheit, die Luftpumpe von dem Rade zu entfernen, sich überhaupt so damit zu schaffen zu machen, als wenn es sich um sein Eigentum handelte, um damit wegzufahren. — In der Nacht von Samstag auf Sonntag wurde in einer Villa im Südwall ein Einbruchsdiebstahl ausgeführt. — In der Nähe der Feldstraße versuchten nächtlicherweise Diebe sich an Militärfahrzeuge heranzuschleichen. Durch scharfe Schüsse wurden sie jedoch verscheucht, wobei einer der Diebe einen Armschuß erhielt.

„Unrecht Gut gedeiht nicht gut!"

Wie aus einer Bekanntmachung des hiesigen Soldatenrats im Anzeigenteil unserer heutigen Nummer ersichtlich, werden alle Personen, die im Besitze gekaufter, geschenkter, oder sonstig abhanden gekommener militärischer Ausrüstungsgegenstände sind, unter schärfster Strafdrohung aufgefordert, selbige sofort beim Bocholter Garnisonkommando abzuliefern.

An den Pranger.

Aus verschiedenen Städten kommen lebhafte Klagen über unwürdiges Benehmen gewisser Kreise den feindlichen Gefangenen gegenüber. Die Stadt Gießen greift nun zu einem energischen Abwehrmittel. Das Polizeiamt gibt bei ärgerlichen Anlässen jedesmal Name, Wohnort und Ort der Tat durch die Presse bekannt. — So sollte man es überall machen.

„" **Rhede.** Dem Herrn Lehrer Haselhoff in Vardingholt und der Lehrerin, Fräulein Greskötter in Crommert wurde das Verdienstkreuz für Kriegshilfe verliehen.

„!" **Rhede.** Heute abend von 8—10 Uhr finden die Sprechstunden des Geschäftsführers des Mittelstandsamtes Bocholt, Herrn Dr. Hammes in der Restauration Harde statt.

Verantwortlich für den allgemeinen Teil Jos. Hobach, für das Feuilleton H. Temming, für den Reklame- und Anzeigenteil Franz Heggen, sämtlich in Bocholt.

Alle diejenigen Personen, die militärische Ausrüstungsstücke gekauft oder geschenkt bekommen haben, oder in deren Quartieren Sachen liegen geblieben sind, die der Militärverwaltung gehören, werden hiermit aufgefordert, dieselben **sofort** beim hiesigen Garnisonkommando abzugeben. Sollten erst durch Haussuchungen obengenannte Sachen festgestellt werden, so wird gegen die Besitzer nach § 259 des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich wegen Hehlerei gerichtlich vorgegangen werden

Hehlerei wird mit Gefängnis bis zu 5 Jahren bestraft.

Der Soldatenrat: **Freiherr v. Blomberg,**
Dörken, Major und Garnisonältester.
1. Vorsitzender.

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der **Erwerbslosenunterstützung** findet am **Donnerstag, dem 5. d. Mts.,** von vormittags 9 Uhr an im Spritzenhause statt.

Es kommen nur diejenigen Erwerbslosen in Frage, die im Besitze der grünen Ausweiskarte sind. Der Kontrollschein ist bei der Abholung vorzuzeigen.

Bocholt, den 3. Dezember 1918.

Der Erste Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Den aus dem Felde zurückkehrenden Kriegern, deren Familien vom Wohlfahrtsamte Geld zum Einkellern der Kartoffeln bekommen haben, sollen auch für ihre Person die Mittel zum Ankauf der Kartoffeln erhalten. Bedingung ist, daß die Entlassung aus dem Heeresdienste ordnungsgemäß erfolgt ist.

Zur Empfangnahme der Gelder haben die Entlassenen sich am Freitag, dem 6. Dezember und am Samstag, dem 7. Dezember ds. Js., vormittags im Wohlfahrtsamte zu melden.

Vorzulegen ist die Ausweiskarte und der Militärpaß bezw. die Entlassungsbescheinigung des Truppenteils oder Bezirkskommandos.

Bocholt, den 2. Dezember 1918.

Der Erste Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Für **Hausschlachtungen** ist der Schlachthof im Monat **Dezember** von Montag bis Donnerstag jeder Woche von 8 Uhr morgens an geöffnet.

Die Schlachthof-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Waffenstillstandsbedingungen sind alle im Kreise Borken befindlichen freien Staatsangehörigen Großbritanniens, Serbiens, Montenegros, Japans, Portugals, Italiens, der vereinigten Staaten von Amerika, Panamas, Kubas, Costarikas, Siams, Liberias, Chinas, Brasiliens, Guatemalas, Nikaraguas und Haitis auf ihren Wunsch sofort in die Heimat zu entlassen. Auf Ausreise verzichtende haben schriftliche Verzichterklärung abzugeben. Abreise muß mit jeder sich bietenden Fahrgelegenheit erfolgen. Sammeltransport findet nicht statt. Ausreisepapiere sind bei den Polizeibehörden anzufordern.

Borken, den 2. Dezember 1918.

Der Landrat.

Dezemberzucker.

750 Gramm-Verbrauchszucker sind **von Donnerstag an** auf die **Dezember-Zuckerkarte** in den bekannten Verkaufsstellen zu haben.

Bis auf weiteres betragen die Verbrauchspreise für 1 Pfund

gemahlenen Kristallzucker und Melis	54 Pfg.
gemahlene Raffinade	56 Pfg.
Würfel- und Brotzucker	60 Pfg.

Bocholt, den 3. Dezember 1918

Der Erste Bürgermeister.

Ausgabe von Pferdefutter.

Am **Mittwoch und Donnerstag** dieser Woche werden am Lager der Firma Tacke und Plekenbrock, Ostwall, für Arbeits-Pferde und Maultiere

Kleie-Melasse zu 17,— Mark je Zentner,
Tierkörper-Melasse zu 28,— Mark je Zentner,
Zuckerschitzel zu 32,— Mark je Zentner, und
Stroh-Kraftfutter zu 36,— Mark je Zentner

verausgabt. **Säcke sind mitzubringen.**

Die **Bezahlung hat vorher an der Kasse des Lebensmittelamts Kirchstr. Zimmer Nr. 6, oben** zu erfolgen. **Die Ausgabe findet jedoch nur an oben genannten Tagen** statt.

Bocholt, den 3. Dezember 1918.

Der Erste Bürgermeister.

Nähgarn-Verteilung an die Haushaltungen.

Die Ausgabe von Baumwollnähfäden an die Haushaltungen für das 2. Halbjahr beginnt mit dem heutigen Tage in den **Bierqans, Ww. Wink** und **Meyer** Kurzwarengeschäften von **Althoff, A. Meyer, Onstein, Stockhorst,** auf jede Person **100 Meter Nähgarn,** die gegen **1 Bezugsmarke** N des beim Einkauf vorzulegenden **Lebensmittelbuchs** zu den unten genannten Preisen in **Rollen von 200 Meter Garnlänge** ausgegeben werden und zwar zunächst an die Haushaltungen mit

2 und 3 Personen:	1 Rolle schwarzes **oder** 1 Rolle weißes Nähgarn, nach eigener Wahl
4 und 5 „	1 Rolle schwarzes **und** 1 Rolle weißes Nähgarn,
6 und 7 „	1 Rolle schwarzes **und** 2 Rollen weißes Nähgarn,
8 und 9 „	2 Rollen schwarzes **und** 2 Rollen weißes Nähgarn,
10 „	2 Rollen schwarzes **und** 3 Rollen weißes Nähgarn.

In etwa 14 Tagen werden an die Haushaltungen mit 1 Person je 50 Meter schwarzes und weißes Nähgarn und die gleiche Menge an die 3., 5., 7. und 9. Person jeder Haushaltung, ebenfalls gegen 1 Marke N des Lebensmittelbuches ausgegeben werden.

Die Preise der Rollen von 200 Meter Garnlänge sind: 35 Pfg. für 1 Rolle, 65 Pfg. für 2 Rollen, 100 Pfg. für 3 Rollen, 130 Pfg. für 4 Rollen und 165 Pfg. für 5 Rollen.

Mit Rücksicht auf den Mangel an Kleingeld muß verlangt werden, daß mit abgezähltem Gelde bezahlt wird.

Die Geschäfte haben die eingelösten Marken, zu je 150 Stück **aufgeklebt,** die Bogen mit ihrem Namen versehen, auf dem Bekleidungsamt abzuliefern. Zum Aufkleben geeignete Bogen gibt das **Lebensmittelamt** (Zimmer 1) **unentgeltlich** ab.

Bocholt, den 4. Dezember 1918.

Der Erste Bürgermeister.

Sparkasse der Stadt Bocholt.
Mündelsicher
Geschäftsräume: Kaiser Franz Joseph-Platz 1.

Reichsbank-Girokonto. **Postscheck-Konto Köln 11866.**

Zinsfuß für **Einlagen** bei täglicher Verzinsung
3¾ Prozent.

Provisionsfreier Scheckverkehr und Ueberweisungsverkehr.

Vermietung von Schrankfächern (Safes) Jahresmiete 3 Mark.

Nähmittel-Sonderausgabe
Mittwoch und Donnerstag nachmittags, an Inhaber der Lebensmittelkarten **4201—4600** gegen Abstempelung des **Feldes 27** der Lebensmittelkarte in den Geschäften von Hinse und Riepenhoff.
Bocholt. den 3. Dezember 1918.
Der Erste Bürgermeister.

Für Haushalt v. 3 Pers. ein älteres, ordentliches
Mädchen
f. Küche u. Hausarb. gesucht.
Zu erfragen **Markt 6,**

Mädchen
von 21 Jahren sucht Stellung für Küche und Hausarbeit für halbe Tage.
Offerten unter **B. 3450** an die Geschäftsstelle.

Tüchtiges, properes
Mädchen,
welches schon in Stellung war, für Küche und Hausarbeit zum 1. Januar 1919 gesucht.
Frau Max Mendels,
Neustr. 18.

Zu Januar oder Februar ein
Mädchen
für Küche und Hausarbeit gesucht.
Frau R. Zumfelde,
Ostermarkt 40¹.

Jüngeres
Mädchen
zu Kindern am Nachmittage gesucht.
Frau Dr. Dietrich,
Westend 663².

Wegen Erkrankung des jetzigen für sofort ein
Mädchen
für Küche und Hausarbeit gesucht, event. **Halbtagsmädchen.**
Näheres Geschäftsstelle

Suche für meinen Haushalt (3 Pers.) ordentliches
Mädchen
für Küche und Hausarbeit zum 1. Januar oder sofort.
Frau Oberlehrer Sommer,
Salierstraße 1.

Ein jüngeres
Mädchen
für halbe Tage gesucht.
Näheres **Neustraße 9.**

Suche für Freitags und Samstag-Nachmittag ein properes
Mädchen
oder **Frau** zum Putzen.
Nordallee 36.

Schuhmacher-Lehrling
auf sofort gesucht, am liebsten vom Lande.
Jos. Geißhövel,
Schuhwarenhandlung,
Legden, Kr. Ahaus i. W.

?Haben Sie Zahnschmerzen?
ICHNOL hilft sicher.
Nur erhältlich in der
Drogerie Bruns.

Ein schulfreies
Mädchen
für Nachmittags gesucht.
Näheres Geschäftsstelle.

Eine
prop. Frau
für alle vier Wochen zum Waschen gesucht.
Navarinstr. 18.

Auf sofort oder zum 1. März eine kleine
Arbeiterwohnung
in der Nähe der Stadt, am liebsten mit Garten, zu mieten gesucht.
Näheres Geschäftsstelle.

Eine schöne
Arbeiterwohnung,
am Neutor gelegen, mit 100 bis 200 Ruten Land zu kaufen gesucht.
Angebote unter **C. 3515** an die Geschäftsstelle.

Junges Ehepaar sucht
3 bis 4 Zimmer-Wohnung
zum 1. Januar zu mieten.
Näheres Geschäftsstelle.

Stoffarben
zum Selbstfärben von Leinen, Wolle, Baumwolle und Seide.
Gebr. Steiner,
Drogerie
zum weißen Kreuz.
Fernruf 257. Gegr. 1893

Am Dienstag nachmittag auf der Bismarckstraße eine schwarzseidene
Handtasche
mit über 70 Mark Inhalt verloren. Wiederbringer erhält hohe Belohnung.
Abzugeben in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Am 1. Dezember starb im Vereinslazarett in Emmerich unser lieber, guter Bruder, Schwager und Onkel, Neffe, Vetter und Bräutigam, der

Mechaniker-Ober-Gast

Joseph Buchmann

nach kurzer Krankheit, die er sich im Heeresdienste nach 7jähriger Dienstzeit zugezogen hatte, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, im Alter von 26 Jahren.

Der allzufrüh Dahingeschiedene wird dem Gebete der Gläubigen und den Priestern am Altare empfohlen.

Bocholt, Emmerich, Menden und Kiel, den 2. Dezember 1918.

In tiefer Trauer:

Die Geschwister nebst Braut.

Das feierliche Leviten-Seelenamt ist am Donnerstag morgen 1/9 Uhr in der Liebfrauenkirche, im Anschluß daran 9 Uhr die Beerdigung vom Vereinslazarett in Bocholt aus, wozu freundl. eingeladen wird.

Jungfr.-Kongregation St. Georg.

†

Donnerstag 6½ Uhr hl. Messe für die verstorbene

Johanna Wensing.

Freitag 6½ Uhr für die verstorbene

Catharina Leyasse.

Von Donnerstag, 5. Dez. werden Sprechstunden in Ringenberg nur mehr vormittags von 8—9½ Uhr täglich, (außer Sonntags) in Dingden Montags, Mittwochs und Samstags von 10—11 Uhr vormittags abgehalten.

Dr. med Vossenberg.

Stellungsgesuch.

Landwirt, 29 Jahre alt, kath., mit allen in der Landwirtschaft vorkommenden Arbeiten durchaus vertraut, sucht Stellung als

Verwalter

auf mittlerem Gut, wo Besitzer fehlt.

Näheres Geschäftsstelle.

Wohnung

sof. od. Jan. zu vermieten. Näh. **Dingdenerstr. 11.**

Allgemeine Frauenversammlung

am Sonntag, dem 8. Dezember 1918, nachmittags 5 Uhr

im großen Saale des Schützenhauses zu Bocholt.

Alle Frauen und Jungfrauen, die am 16. Februar 1919 das 20. Lebensjahr vollendet haben, werden dringend eingeladen, zu dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Vorstand der Zentrumspartei.

Städt. Arbeitsnachweis.

Verwaltungsgebäude Gasthausplatz. Fernruf Nr. 137.

Dienststunden: 8½—1 u. 3—6½ Uhr.

Bitte an die Arbeitgeber: Alle freien Stellen möglichst sofort anmelden.

Verbandwatte

Mull- u. Cambricbinden sind in kleinen Mengen wieder zum Verkauf freigegeben und **ohne** ärztliches Rezept zu haben in der

Drogerie Bruns, Nordstr. 22 Fernr 113

„Westfalia"

Verein für kath. Kaufleute und Beamte.

Mittwoch, den 4. Dez., abends 8½ Uhr:

Versammlung.

Begrüßung der zurückgekehrten Krieger.

Besprechung über die Anwendung der Mittel, die uns vom Verband zur Verfügung gestellt sind.

Alle Ehrenmitglieder und Mitglieder wollen pünktlich erscheinen.

Der Vorstand.

Holz-Verkauf.

Auf dem Kirchengute **Hemmelberg,** Bauerschaft Ober-Lankern hierselbst, fallen

zirka 2000 Stück Kiefern

— 165 fm Inhalt, für Bau- und Grubenholz geeignet,

im Wege des schriftlichen Angebotes pro fm verkauft werden. Schriftliche Angebote pro fm sind in Briefumschlag geschlossen persönlich oder durch die Post bis zum **27. Dezember d. Js., vormittags 11 Uhr,** beim hiesigen Pfarramte einzureichen, in welchem Termine die Eröffnung der Angebote stattfinden.

Das Holz steht an bequemer Abfuhr, etwa 1 km von der Landstraße Bocholt-Dingden. — Die Kaufbedingungen liegen in der Pastorat hierselbst zur Einsicht offen. — Das Holz wird auf Wunsch von dem Pächter Looks angewiesen.

Dingden, den 26. November 1918.

Der Kirchenvorstand.

Möbliertes Zimmer

mit voller Pension zu mieten gesucht.

Angebote mit Preisangabe u. **A. Z.** an die Geschäftst.

Zu verkaufen:

Hell eich. Herrenzimmer, Bücherschrank, amerikanischer Rollschreibtisch und Sessel.

Hell eich. Schlafzimmer, 1 Bett mit Patentmatratze u. Auflagen, Nachtschrank, Waschtisch mit Marmor, Handtuchständer, Kleiderschrank, Ofen, Bild 115×100 breiter Ebenholzrahmen, Truhe, dunkel gebeizt 1710, 2 Kaninchenställe, Fliegender Holländer. 2Sitz.

Wo? zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Vereinigte Kriegervereine der Stadt Bocholt.

Der Matrose

Jos. Buchmann

aus Bocholt ist im Vereinslazarett Emmerich gestorben.

Die Leiche wird überführt und findet die Beerdigung am Donnerstag, 5 Dezbr., vormittags 9 Uhr vom St. Agnes-Hospital aus zum Ehrenfriedhof statt. Das Seelenamt ist um 1/29 Uhr in der Liebfrauenkirche.

Um allseitige Beteiligung ersucht

Bocholt, den 3. Dezember 1918.

Namens der vereinigten Kriegervereine
v. Velsen, Kommerzienrat.

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, Montag morgen 10 Uhr unsere herzensgute, treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Ww. Heinrich Schmeing

Bernhardine geb. Tekniepe,

nach kurzer, schwerer, mit großer Geduld ertragener Krankheit, vorbereitet durch einen christlich-frommen Lebenswandel, gestärkt durch den andächtigen Empfang der hl. Sterbesakramente, im 64. Lebensjahre zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Wir empfehlen ihre liebe Seele dem Gebete der Gläubigen und dem Priester am Altare.

Die tiefbetrübten Kinder nebst Angehörige.

Lowick, Bocholt-Feldmark, Holtwick, Osten und Westen, Stenern, Hemden, Rhede, Marbeck, den 3. Dez. 1918.

Das hl. Seelenamt ist am Freitag morgen 1/9 Uhr in der St. Georgiuskirche, danach die Beerdigung von der Kirche aus, wozu freundl. eingeladen wird.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Einladung erhalten haben, so bitten wir, vorstehende Anzeige als solche zu betrachten.

Apollo-Theater

Spielplan:

Mittwoch, Donnerstag, Freitag.

I.

Der Taktstock Richard Wagners

Drama in vier Akten von Paul Rosenhayn. und Adolf Gärtner.

In der Hauptrolle: **Hanny Weiße.**

II.

Das Lied der Colombine

Großes Filmschauspiel in vier Akten von Carl Schneider.

Spielleitung: Emil Justiz.

In der Hauptrolle: **Carola Toelle.**

Anfang 5 Uhr.

Korsetts

nach Maß gearbeitet, in Ersatz und

Friedenswaren.

Auch kann zur Anfertigung von den Damen Stoff angeliefert werden.

Frau Schauss, Nobelstraße 19, gegenüber der Rentei.

Ofen

(gebr, aber gut erhalten) **zu kaufen gesucht.**

Münsterstr. 12,

Ein schöner, fast wie neuer

Küchenschrank zu verkaufen.

Marienstr. 40, bei den „Vierjahreszeiten".

Ein fast neuer

Sitzliegewagen

(Brennabor)

zu verkaufen.

Neustraße 9.

Fast neues Kinderhimmelbett, 1 schöne Tisch-Petroleumlampe, 1 Paar weiße Kinderschuhe

zu verkaufen.

Näheres Geschäftsstelle.

Eine eiserne, einschläfrige

Bettstelle

(weil überzählig)

zu verkaufen.

Näheres Geschäftsstelle.

Zu verkaufen:

1 Salon-Einrichtung (reich geschnitzt),

1 kleines Mahagoni-Schränkchen.

Näheres Geschäftsstelle.

Ein gut erhaltenes Kinder-Dreirad

zu kaufen gesucht.

Wo? zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Ztg.

---

3 Hühner und 1 Hahn

abhanden gekommen. Wer mir über den Verbleib derselben Auskunft erteilt, erhält Belohnung. **Johann Schaffeld,** Lowick

---

Ein brauner, gestrickter

Handschuh

in der Neustr. **verloren.**

Näheres in der Geschäftsstelle d. Ztg.

Ein Portemonnaie

mit 40 Mk. Inhalt **verloren** vom Markt bis zum Apollo-Theater. Gegen Belohnung abzugeben im

Apollo-Theater, Neustraße.

Die erkannte Person, die am Sonntag morgen in der St. Josephskirche vor dem Beichtstuhl irrtümlich meinen **Schirm** mitgenommen hat, wird ersucht, denselben sofort b. **Küster Demming** wieder abzugeben, andernfalls Anzeige erstattet wird.

Die erkannte Person, die den **Sportwagen** am Bahnhofsgebäude mitgenommen hat (Kennzeichen: **ein** Armgriff, der **andere** abgebrochen), wird gebeten, selbigen Bogenstr. 35 abzugeben, andernfalls Anzeige erstattet wird.

Marine-Verein Bocholt.

Unser Vereinsmitglied

Joseph Buchmann

ist im Vereinslazarett Emmerich gestorben. Die Leiche wird nach Bocholt überführt.

Die Mitglieder werden zu der am Donnerstag, dem 5. d. M., morgens 9 Uhr stattfindenden Beerdigung vom St. Agnes-Hospital aus und zum Seelenamt 1/29 Uhr in der Liebfrauenkirche freundl. eingeladen.

Der Vorstand.

---

†

Das Sechswochen-Seelenamt

für den auf dem Felde der Ehre gefallenen Vizefeldwebel

Johann Brüning

findet statt am Donnerstag morgen 1/8 Uhr in der St. Josephskirche, wozu freundlichst eingeladen wird.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Sohnes und Bruders sagen wir allen, besonders der Lehrerin Fräulein Urbau und deren Schülern unsern

innigsten Dank.

Familie Brömmling.

Lowick, den 2. Dezember 1918.

Verabfolgung von Entlassungsanzügen nur durch Militärbehörden.

Nachdem das Preußische Kriegsministerium durch Bekanntmachung vom 15. November 1918 angeordnet hat, daß jedem am 9. November 1918 und später aus dem Heeresdienst ordnungsmäßig ausscheidenden Unteroffizier und Mann unentgeltlich ein Entlassungsanzug (soweit der Vorrat reicht Zivil, sonst Uniform) verabfolgt werden soll, hat sich die Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle betreffend Versorgung der bedürftigen, entlassenen Krieger mit bürgerlichen Anzügen und Mänteln vom 19. Oktober 1918 erledigt und wird hiermit **aufgehoben.**

Diese Versorgung mit Entlassungsanzügen erfolgt demnach nicht mehr durch die Reichsbekleidungsstelle und die bisher von ihr hiermit beauftragten Kommunalverbände, sondern durch die Ersatztruppenteile, die die Entlassung vornehmen.

Berlin, den 18. November 1918.

Reichsbekleidungsstelle.

Bekanntmachung.

Die Mutterberatungsstunde der Säuglingsfürsorgestelle in der Schule Altstadt kann am Mittwoch, den 4. Dezember nicht stattfinden. Die nächste Beratungsstunde wird vorher durch die Zeitung bekanntgegeben werden.

Bocholt, den 4. Dezember 1918.

Der Erste Bürgermeister.

Petroleumversorgung.

Auf die Petroleummarke Nr. 3 (gültig für die Zeit vom 1. 12. bis 31. 12. 18) wird ein Liter Petroleum in den Verkaufsgeschäften Geschw. Knuf, Nordstr., Wwe. Friedr. Reidick, Nordstr., Jos. Wetzing, Nobelstr., Franz Oehmen, Werther Chaussee, Heinr. Backmann, Dinxperloer Chaussee und Bernh. Aßhoff, Münsterstr. verabfolgt.

Bocholt, den 2. Dezember 1918.

Städt. Licht- und Wasserwerke.